

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLEN LÄNDEN UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

September 1994

"Den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und vertreten soll." (Karl Marx)

Warum der Parlamentarismus ein antideokratisches System ist

Das Wahltheater zwischen CDU plus Anhang einerseits und SPD plus Anhang andererseits wird immer uninteressanter, die Reden oder Plakate immer inhaltsleerer.

Wie die Bundestagswahl nun auch ausgeht - ob Kohl "bleibt" oder Schäping "kommt", ist für immer mehr Menschen bedeutungslos, denn sie merken, es wird sich im wesentlichen nichts verändern. Daß das Wahltheater immer weniger zieht, die Clique der Bonner Politiker immer weniger Autorität und Profil haben, darf die revolutionären Kräfte jedoch nicht täuschen: Der Einfluß der herrschenden Klasse auf die breite Masse der Werktätigen ist immer noch riesig, und jene, die sich voll Abscheu vom parlamentarischen Betrug abwenden, werden damit keinesfalls automatisch zu Revolutionären oder konsequenteren Demokraten.

Vor allem: Die Ideologie, die hinter dem System des Parlamentarismus steckt, die parlamentarischen reformistischen Illusionen, sind ungeheuer groß und werden nicht zuletzt von Kräften wie der PDS und anderen sich "oppositionell" gebenden Kräften geschürt und verbreitet. Es ist die Aufgabe der revolutionären kommunistischen Kräfte nachzuweisen, warum das ganze parlamentarische System in Wirklichkeit alles andere als demokratisch ist, warum es nur eine Hülle ist für die Diktatur des Kapitals, eine Hülle, die im Zuge der staatlichen Faschisierung immer mehr "durchlöchert" und im "Ernstfall", wenn der Kapitalismus gefährdet ist, wie ein alter Lappen weggeworfen und durch blutigen Polizei- und Militärterror ersetzt werden wird.

Das parlamentarische System schützt die Diktatur des Kapitals

Als in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg zum ersten Mal "bürgerlich-demokratische Verhältnisse" geschaffen wurden im Verlauf und als eines der Ergebnisse der Novemberrevolution 1918, zeigte es sich auch sehr rasch, daß es eine Grenze gab: Dort, wo die kämpfende Arbeiterklasse das Kapital angriff, den Kapitalismus zerschlagen und beseitigen wollte, stand sie dem folternden und mordenden Militär gegenüber. Die leitenden Köpfe der Novemberrevolution, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, wurden verhaftet und ermordet - das war das "Geburtsgeschenk" der bürgerlich-demokratischen parlamentarischen Republik, der

Weimarer Republik, an ihre Herren, Organisatoren und Nutznießer, die deutsche Bourgeoisie, das Kapital.

Aber die Illusion, daß dennoch mit Hilfe des bürgerlichen Parlamentarismus die Lage der Arbeiterklasse verbessert, ja gar der Kapitalismus "friedlich" durch den Sozialismus "ersetzt" werden könne, die Abschaffung des Kapitals, des Privateigentums an großen Fabriken und Ländern "parlamentarisch" eingeführt werden könne, ließ die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht los. Ja selbst die Nazi-Banden der SA und der SS, der NSDAP, die ab 1933 den Staatsapparat benutzten, sollten in der Weimarer Republik nach dem Willen der verfluchten Sozialdemokratie "friedlich" und "parlamentarisch" zurückgedrängt werden!

In der Geschichte des "demokratischen" deutschen Staates hat es bis heute keinen Zeitabschnitt

Staatliche Faschisierung und Nazi-Terror:

- Neuer mörderischer Höhepunkt des Nazi-Terrors!
- Mehrere Tage lang Polizei-terror gegen kurdische Revolutionäre und Demokraten in Mannheim!

Der Mordversuch an Katom J., einem Asylsuchenden aus Ghana, am 16.9.94 in Brandenburg in der Ex-DDR, mehrere Verletzte bei Brandanschlägen auf überwiegend von "Nichtdeutschen" bewohnte Flüchtlingsunterkünfte oder Wohnhäuser in den letzten Septembertagen sind ein neuer Höhepunkt des Nazi-Terrors. Doch es ist klar: Die über die bürgerliche Presse bekanntgewordenen Nazi-Anschläge sind nur die Spitze des Eisbergs. Über tausend chauvinistisch-rassistische Anschläge und Überfälle wurden selbst schon vom "Verfassungsschutz" in diesem Jahr registriert.

Wie schon so oft, wurde von den bürgerlichen Medien Hand in Hand mit Polizei und Staatsanwaltschaft versucht, einen nazistischen Hintergrund der Nazi-Mordanschläge zu vertuschen, zu verschleieren. Ähnlich wie bei den Nazi-Morden in Mölln, die als "Abrechnungen aus dem Rotlicht-Millieu" präsentiert werden sollten, wird zum Mordversuch an Katom J. eine angebliche Verwicklung in "Rauschgiftgeschäfte" lanciert und zu Morden an einem sechsjährigen Kind und einer Frau aus Ex-Jugoslawien durch einen Brandanschlag auf eine Herforder Flüchtlingsunterkunft in der Nacht zum 28.9.94 heißt es auf einmal, "Ausländer selbst" hätten diese Morde begangen. Doch die Rechung ging nicht ganz auf: Die Version, die Täter seien "Türken", die sich an einer Bewohnerin der Flüchtlingsunterkunft in Herford "persönlich rächen" wollten, brach zusammen. Die Verhafteten mußten freigelassen werden und selbst die Staatsanwaltschaft ist inzwischen gezwungen, gegen einen Anschlag mit "ausländerfeindlichem Hintergrund" zu ermitteln.

Das Ziel dieser dreckigen Methode war und ist es, nicht nur eine chauvinistische Stimmung gegen alle "Nichtdeutschen" zu schüren, sondern auch Verunsicherung und Verwirrung zu stiften, einen Gewöhnungseffekt zu erzeugen, der dazu führt, daß Protest und Widerstand sich erst gar nicht entwickeln. "Man kann ja nicht genau sagen, ob es wirklich Nazis waren" - diese Stimmung hat sich in weiten Teilen der westdeutschen "Linken" breitgemacht. Protest oder Widerstand, wie noch gegen die Nazi-Morde in Mölln oder Solingen, ist bisher nicht zu verzeichnen. Die Verwirrungstaktik der west/deutschen Bourgeoisie hat Erfolg. Die Macht der Gewohnheit, diese furchterliche Macht der Bourgeoisie, ist der Boden, auf dem solche Stimmungen gedeihen und sich ausbreiten können. Denn inzwischen ist es brutaler Alltag, daß eine Flüchtlingsunterkunft brennt und Dutzende, ja Hunderte von Flüchtlingen sich meist nur durch Glück und Zufall vor den Flammen retten können.



Polizesterrror gegen demonstrierende Kurden

Fortsetzung von S. 1 "Staatliche Faschisierung und Nazi-Terror"

Am 26.9.94 wollten ca. 400 Kurdinnen und Kurden, größtenteils Frauen, in Mannheim eine im Vorfeld von der Stadt verbotene Demonstration durchführen. Diese Demo war Teil eines Marsches nach Straßburg zum Europaparlament, um den Terror des faschistischen Regimes in der Türkei gegen die Kurden anzuprangern. Die Polizei überließ diese Demo schon am Versammlungsort mit Wasserwerfern, scharfen Hunden und brutalem Schlagstockeinsatz.

Dem Polizeiterror folgte am Tag danach eine widerliche chauvinistische, antikurdische Hetze in den bürgerlichen Medien. Vor allem wurde behauptet, Kurdinnen hätten ihre Kinder als "Schutzschild gegen die Polizei benutzt." Die Wahrheit sah ganz anders aus: Der Polizeieinsatz gegen die kurdischen Frauen war besonders brutal. Mehrere Frauen, darunter auch Schwangere, wurden zum Teil schwer verletzt. Die Verhaftung von 330 Kurdinnen und Kurden konnte trotz des gut organisierten und militanten Widerstandes (vor allem mit Schmierseife und Molotowcocktails) leider nicht verhindert werden. Teilweise wurden die Verhafteten bis zu drei Tage ins Gefängnis gesteckt, dort bekamen sie fast nichts zu essen und viele wurden verprügelt. Ermittlungsverfahren u.a. wegen "versuchten Totschlags und Landfriedensbruch" wurden eingeleitet, Abschiebungen vorbereitet.

Aus Protest gegen diesen Polizeiterror besetzten 70 kurdische Frauen am 27.9.94 das Mannheimer Rathaus. Alle Besetzerinnen und die vor dem Rathaus mobilisierten Kurden und Kurdinnen wurden festgenommen, der Polizeiterror verschärft: Die west/deutsche Polizei setzte Schußwaffen ein, einer der Protestierenden wurde angeschossen. Am gleichen Tag wurde das Gebäude des Kurdisch-deutschen Freundschaftsvereins von der Polizei umstellt, 30 Personen wurden festgenommen und die sich im Gebäude befindenden Personen wurden stundenlang festgehalten. Bis in die Nacht des 27.9. organisierten kurdische Revolutionäre und Demokraten immer wieder Wi-

derstandsaktionen gegen den Polizeiterror. Zeitweise waren bis zu 400 Kurdinnen und Kurden inhaftiert. Auch noch am Mittwoch war Mannheim von einem riesigen Polizeiaufgebot beherrscht. Zufahrtsstraßen wurden dichtgemacht, in der Stadt patrouillierten Polizeieinheiten, an wichtigen Punkten waren weitere Einheiten stationiert, um jeglichen weiteren Widerstand schon im Keim zu ersticken.

Die west/deutschen Imperialisten unterstützen, beraten und finanzieren das faschistische Regime in der Türkei, sie liefern u.a. die Kampfhubschrauber und Panzer, die gegen den Befreiungskampf des kurdischen Volkes eingesetzt werden. Sie versuchen, mit Massenabschiebungen sowie mit dem Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen im November letzten Jahres, den Widerstand der hier lebenden und kämpfenden kurdischen Genossinnen und Genossen zu brechen. Der Polizeiterror von Mannheim ist ein Teil dieser Politik des west/deutschen Imperialismus und ein neuer Höhepunkt des staatlichen Terrors gegen kurdische Demokraten und Revolutionäre in West/Deutschland.

- Es ist die Aufgabe aller west/deutschen Demokraten und Revolutionäre, diesen "deutschen Zuständen" den Krieg zu erklären und diese verfluchte, in West/Deutschland besonders tief verwurzelte und ausgeprägte Macht der Gewohnheit, der Passivität und Resignation zu bekämpfen.
- Es geht darum, die bürgerlichen Drecksmethoden der Verschleierung und Vertuschung zu entlarven und zu bekämpfen, darum, eine gezielte, systematische eigene Recherche vor Ort in Zusammenarbeit mit den Opfern des Nazi-Terrors durchzuführen.

gegeben, in dem für die ausgebeuteten Werktätigen nicht spürbar gewesen wäre, was "bürgerliche Demokratie" für sie bedeutet:

"Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, 'bei Verstößen gegen die Ruhe und Ordnung' - in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein 'verstößt' und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhalten - Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u.a.m."

(Lenin, "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" von 1918, Werke, Band 28, S. 243)

Warum gehen dennoch so viele mit einer schier unerschütterlichen Hartnäckigkeit der Illusion des Parlamentarismus auf den Leim? Nun, zum einen ist der bürgerliche Parlamentarismus eben das sicherste und ausgefeilteste System zum Betrug der werktätigen Massen, zur Verschleierung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Hinzu kommt speziell in West/Deutschland eine nahezu abergläubische Verehrung des Staates und seiner Organe.

Daß der Staat in Deutschland eben nicht "gut" ist, sondern reaktionär, undemokatisch und ein Werkzeug in den Händen des Kapitals, daß auch

jederzeit parlamentarisches Zuckerbrot mit Militär- und Polizei-Peitsche kombiniert werden kann - das ist der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht bewußt.

Die Bourgeoisie, ihre Profis in der Politik, den Medien, beim Militär und der Polizei jedoch wissen das sehr gut. Daher bereiten sie sich auf "alle Fälle" vor, daher treiben sie die staatliche Faschisierung voran, tischen aber gerade immer dann, wenn Wahlen anstehen, das betrügerische Märchen auf, daß das Parlament in Deutschland das "beste überhaupt" sei, daß es "soviel Demokratie wie heute" noch nie und nirgendwo gegeben habe und so weiter und so fort.

Die Realität jedoch sieht ganz anders aus:

Die Demokratie, die demokratischen Rechte, hören doch sofort dort auf, wo man sie in Anspruch nehmen will. Dann gibt es Tausende von Einschränkungen, alle nur möglichen Wenns und Abers, um selbst "verbrieft" demokratische Rechte wie das Versammlungs- und Demonstrationsrecht immer weiter einzuschränken oder durch Polizeiterror zu ersetzen. Die Kämpfe der kurdischen Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland zeigen dies deutlich. Kaum ein Monat, ja kaum eine Woche vergeht, in der ihr Protest nicht blutig niedergeknüppelt, ihre Aktivisten nicht verhaftet und ins Gefängnis gesteckt werden.

Das ist die "Demokratie" in West/Deutschland 1994.

• Es geht darum, einen größtmöglichen Schutz und maximalen Widerstand gegen den Nazi-Terror gemeinsam mit allen von den Nazis bedrohten Menschen zu organisieren als ersten Schritt für die Schaffung einer kämpfenden internationalistischen demokratischen Front gegen Nazi-Banden und staatliche Faschisierung.

• Es geht darum, solidarisch zu sein mit allen von der Unterdrückung und Verfolgung des west/deutschen Imperialismus Betroffenen, darum, eine breite Solidarität mitten kurdischen Genossinnen und Genossen zu organisieren, einen systematischen Kampf gegen die antikurdische Hetze der west/deutschen bürgerlichen Medien zu führen und vor allem auch die kurdischen Genossinnen und Genossen auf der Straße im Kampf gegen den Polizeiterror zu unterstützen.

○ Solidarität mit den Opfern des Nazi-Terrors, mit allen vom west/deutschen Staatsapparat chauvinistisch und rassistisch Verfolgten, Mißhandelten und Ermordeten!

○ Tod dem deutschen Chauvinismus und Rassismus!

○ Kampf dem Nazi-Terror und der staatlichen Faschisierung!

Da Presse, Versammlungsräume etc. immer auch an ganz handfeste materielle Dinge geknüpft sind - bezahl' mal die Druckkosten für eine Zeitung, miete mal einen großen Raum für eine revolutionäre Veranstaltung -, stellt sich sehr rasch heraus, daß die "Demokratie" in erster Linie für die Reichen, für das Kapital und seine Parteien da ist.

Entgegen den Lobpreisungen auf "unsere große Demokratie" ist es jedoch so, daß ganz gewichtige Bereiche sowieso von den einfachsten demokratischen Grundrechten ausgeschlossen sind:

■ Mehreren Millionen in West/Deutschland lebenden Menschen, die keinen deutschen Paß haben, wird zwar hartnäckig jede Form von Steuer, Zwangsversicherung und ähnliches abverlangt. Doch mit der gleichen Hartnäckigkeit wird ihnen die demokratische Selbstverständlichkeit verweigert, selbst zu entscheiden, ob und wen sie wählen wollen: Sie haben schlicht noch nicht einmal das Wahlrecht.

■ Was den entscheidenden Lebensbereich betrifft, nämlich den Arbeitsplatz - sowie auch Schulen und Hochschulen, vom Militär einmal ganz abgesehen-, so existiert dort die Demokratie sowieso ganz hoffiziell nicht, weil nämlich mit Hilfe von komplexen Gesetzen wie z.B. dem Betriebsverfassungsgesetz nach wie vor die kaum verhüllte direkte Diktatur der Chefs, der Betriebs-eigentümer herrscht.

Zum vorliegenden Schlagwort von der Gewaltentteilung

In einer gemeinsamen Stellungnahme mit der "Roten Fahne" und dem "Westberliner Kommunist" über "Die aktuelle Bedeutung der 'Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur'", die 1919 auf dem 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale verabschiedet wurden, haben wir u. a. auch zur Frage der 'Gewaltentteilung' Stellung genommen:

"In der typischen bürgerlichen Demokratie gibt es die sogenannte 'Gewaltentrennung' oder 'Gewaltentteilung' zwischen gesetzgebender (legislative) und vollziehender (exekutive) Gewalt, wozu als drittes noch die gerichtliche (judikative) Gewalt kommt. Die Lobsänger der bürgerlichen Demokratie bezeichnen diese Gewaltentteilung als besonders wertvolle, unverzichtbare Errungenschaft und als Sicherung gegen Unrecht und Willkür. Die Wahrheit sieht aber ganz anders aus.

Da Wahlrecht und Parlamentarismus ganz auf den Bereich der legislativen Gewalt beschränkt sind, die beiden anderen 'Gewalten' davon aber gänzlich unberührt und buchstäblich jedes Einflusses der arbeitenden Massen entzogen sind, ist die bürgerlich-demokratische Gewaltentteilung zwar eine 'Sicherung', aber nicht gegen Unrecht und Willkür, sondern eine Sicherung gegen jegliche Einflußnahme der Massen. Das Volk mag ins Parlament wählen, wen es will, im Staatsapparat selbst ändert sich dadurch überhaupt nichts. Die Abgeordneten, die Minister, die Regierungen mögen wechseln, aber der ganze riesenhafte staatliche Gewaltapparat bleibt dadurch unerschüttert. Er erfüllt seine Rolle als Instrument der bürgerlichen Klassendiktatur ganz unabhängig davon, in der Regel sogar mit Hilfe derselben Bürokraten und Amtskappendräger, die schon allen möglichen vorherigen Regierungen und 'Systemen' gedient haben, d.h. diesen die reaktoriäre, unterdrückerische, volksfeindliche Drecksarbeit besorgt haben."

An anderer Stelle heißt es:

"Eine wesentliche, im Vordergrund stehende Herrschaftsmethode des bürgerlichen Parlamentarismus ist es, Illusionen zu schaffen. Dazu wird

systematisch verbreitet, daß die eigentlichen Entscheidungen nicht vom Kapital, sondern von angeblich demokratisch gewählten Vertretern getroffen würden.

Die Tatsachen zeigen jedoch tagtäglich, daß die wirklichen Geschäfte nicht vor den Augen der Öffentlichkeit im Parlament abgewickelt werden, sondern hinter den Kulissen, in Ausschüssen usw., auf die das Volk nicht nur keinerlei Einfluß hat, sondern von denen es zumeist gar nichts weiß.

Aber auch dort, wo scheinbar Wahlen die Zusammensetzung bestimmen, schreckt das allgemeine Finanzkapital nicht davor zurück, bei Abstimmungen Abgeordnete zu kaufen, Regierungen ein- und abzusetzen, die 'Volksvertreter' in die Aufsichtsräte aufzunehmen und mit tausenderlei sonstiger Methoden und Knifflen zu korrumpern und zu bestechen, oder aber auch Bestechungen aufzudecken, nur um die nächste Belebung vorzunehmen usw.

Greifen wir vor diesem Hintergrund nochmals konkret den Aspekt der vermeintlichen 'Kontrolle durch Gewaltentteilung' heraus. Dieser ist von Kurt Tucholsky durchaus treffend charakterisiert worden durch die Aussage, daß die Verantwortung in so viele Teile zerlegt ist, daß es nachher 'keiner gewesen ist'.

Über diesen Betrugsmechanismus könnten anhand der aktuellen politischen Auseinandersetzungen ganze Bände geschrieben werden.

Um es hier kurz zu skizzieren:

- Damit sich die Arbeiterinnen und Arbeiter, sagen wir gegen die Stilllegung eines Werkes nicht wehren, wird von den Gewerkschaftsbünden auf die Gerichte, von diesen auf den Gesetzgeber, von diesem wiederum auf die Gerichte, von diesen auf die Polizei und von dieser wieder auf die Gerichte verwiesen.

- Oder aber: Wenn die Polizei zuschlägt, wird darauf verwiesen, daß die Gerichte das Verhalten der Polizei schon überprüfen würden usw.

So kann eine erhebliche Verwirrung und Ablenkung im Kampf erreicht werden. So zeigt sich in der Praxis immer wieder: Angefangen von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen bis hin zu sonstigen speziellen Methoden sind die Mätzchen der sogenannten 'Gewaltentteilung' nichts weiter als demagogische Mechanismen, um den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen das kapitalistische System, auch gegen seine Auswirkungen, abzufangen und auf verschiedensten Gleisen ins Abseits zu lenken.

Wenn das Proletariat seinen Staat errichtet, so wird es dagegen sehr offen und klar, ohne Mätzchen und Heuchelei erklären, daß die Bourgeoisie unterdrückt wird, daß diese Unterdrückung der Kontrolle durch die Arbeiterklasse unterstellt ist und nicht Sache verschiedener, scheinbar getrennter Institutionen. Daher lehnt die Diktatur des Proletariats die betrügerische Lehrformel von der 'Gewaltentteilung' ab."

Alle Zitate aus:



DM5.-

Konsequenzen aus der Erkenntnis, daß dieses System ganz und gar nicht demokratisch ist

- Wir müssen völlige Klarheit schaffen über das Wesen dieses Staates. Dem Proletariat und den werktätigen Massen muß bewußt werden,

"... daß jeder Staat, in dem das Privateigentum am Grund und Boden und an den Produktionsmitteln besteht, in dem das Kapital herrscht, wie demokratisch er auch sein mag, ein kapitalistischer Staat ist, eine Maschine in den Händen der Kapitalisten, um die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft in Botmäßigkeit zu halten. Das allgemeine Wahlrecht aber, ... das Parlament - das ist nur die Form, eine Art Wechsel, der am Wesen der Sache nicht das mindeste ändert. ...

Das Kapital, ist es einmal da, herrscht über die ganze Gesellschaft, und keinerlei demokratische Republik, keinerlei Wahlrecht ändern etwas am Wesen der Sache."

(Lenin, "Über den Staat", Vorlesung an der

Swerdlow-Universität 1919, Werke, Band 29, S. 476-477)

Nur wenn völlige Klarheit herrscht über das Wesen des kapitalistischen Staates, seiner politischen Hülle, aber auch seiner Hauptinstrumente, Militär und Polizei, nur dann werden die werktätigen und ausgebeuteten Massen erkennen können, daß eine reformistische, "parlamentarische Abschaffung" dieses Staatsapparates unmöglich ist. Gerade hier liegt eine besondere Gefahr der PDS, die die Rolle einer reformistischen Opposition übernimmt, um revolutionäre Kräfte zu paralyseren.

• Wenn wir tatsächlich grundlegend etwas ändern wollen, wenn wir die wirkliche Demokratie für die große Mehrheit der werktätigen Massen wollen, muß uns klar sein, daß die Bourgeoisie ihre Macht nicht freiwillig abtreten wird. Der Sieg über die herrschende Klasse kann nur im bewaffneten Kampf unter Leitung der Partei des Proletariats, der Kommunistischen Partei, errungen werden. Erst nach dem Sturz der Bourgeoisie und nach der Zerschlagung ihres Staatsapparates kann ein neuer Staat auf Grundlage der sozialistischen Demokratie aufgebaut werden.

Nach dem Sturz der Bourgeoisie ist ihr Widerstand jedoch nicht beendet. Im Gegenteil, je weiter sich die Macht des Proletariats festigt, desto erbitterter wird ihr Widerstand werden. Deshalb ist

ohne Diktatur des Proletariats die dauerhafte Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Liquidierung der Bourgeoisie als Klasse, die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse und auch die sozialistische Demokratie gar nicht möglich. Und: Demokratie für die Masse der Werktätigen und Diktatur des Proletariats gegenüber Reaktionären und ehemaligen Ausbeutern schließen einander nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig.

"Die Geschichte lehrt, daß noch nie eine unterdrückte Klasse zur Herrschaft gelangt ist und auch nicht gelangen konnte, ohne eine Periode der Diktatur durchzumachen, d.h. der Eroberung der politischen Macht und der gewaltsmäßen Unterdrückung des verzweifeltesten, wildesten, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Widerstands, der immer von den Ausbeutern geleistet wurde."

(Lenin, "Thesen und Referat über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats" vor dem I. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 4. März 1919, Werke, Band 28, S. 471-472)

- Notwendig ist auch eine Klarheit über die Ziele nach einer - egal in welcher Ferne liegenden - sozialistischen Revolution. Wir müssen die Perspektive wirklich demokratischer Formen der

Massenorganisation in der neu aufzubauenden, auf den Trümmern des alten zerschlagenen Staatsapparates entstanden proletarischen Staatsmacht, die Perspektive einer sozialistischen Demokratie bewußtmachen. Ein Kernpunkt dieser neuen proletarischen Demokratie ist die ständige Hebung der Aktivität der breiten Masse der Werk-tätigen, ihre Kontrolle und Kritik, ihre aktive und organisierte Teilnahme an der Ausübung der Staatsmacht.

Bereits die Erfahrungen aus den Kämpfen der ersten proletarischen Revolution, der Pariser Kommune, haben gezeigt, daß es drei wesentliche Maßnahmen gibt, um die sozialistischen Demokratie, ihre Ausübung und Stärkung zu sichern und zu festigen:

Die gewählten Vertreter müssen *jederzeit abwählbar* sein.

Die gewählte Vertretungskörperschaft muß *gesetzgebend und vollziehend zugleich* sein. Mit Staats- und Verwaltungsaufgaben beauftragte kommunistische Kräfte erhalten *Arbeiterlohn*.

● Durch das Recht auf jederzeitige Absetzbarkeit der Vertreterinnen und Vertreter gibt die Diktatur des Proletariats den werktätigen Massen also ein wirkliches Kontrollinstrument an die Hand, um aus Fehlern oder Fehlverhalten ihrer gewählten Vertreter - und zwar Vertreter in allen Bereichen des Staatslebens, in der Verwaltung, der Gerichtsbarkeit, den Lehranstalten usw. - auch praktische Konsequenzen zu ziehen.

● Das zweite Merkmal steht im direkten Gegensatz zur "bürgerlich-demokratischen Gewaltenteilung": Die Organe der Diktatur des Proletariats müssen beschließende und bevollmächtigte Organe sein, die Gesetzgebung und Vollziehung in sich vereinigen. Da kann sich kein gewählter Vertreter aus der Verantwortung schleichen mit dem Argument, für die Durchführung der Beschlüsse sei er nicht verantwortlich. Die Abgeordneten müssen selbst für die Durchführung der von ihnen verabschiedeten Gesetze sorgen und dafür vor ihren Wählerinnen und Wählern auch Rechenschaft ablegen.

● Der Arbeiterlohn für Staats- und Verwaltungsbedienstete - der für Kommunisten natürlich sofort eingeführt und im Verlauf des sozialistischen Aufbaus unter Heranziehung von Kräften aus den Reihen der Arbeiterklasse als Zielsetzung auf alle ausgedehnt werden wird - ist schließlich eine wichtige Maßnahme gegen Kartierismus und Pötzchenjägerei.

Gerade heute, angesichts des revisionistischen Farbwechsels in den ehemals sozialistischen Ländern in den 50er und 60er Jahren, in denen es der Bourgeoisie gelungen ist, ihre Herrschaft mit scheinsozialistischen Phrasen zu restaurieren und die proletarische Staatsmacht in ein Werkzeug ihrer Klassenherrschaft zu verwandeln, gerade angesichts dieser historischen Erfahrungen ist es um so wichtiger, die Bedeutung der erstmals in der sozialistischen Sowjetunion zu Zeiten Lenins und Stalins in die Praxis umgesetzte sozialistische Demokratie bewußt zu machen und zu verteidigen.

Aus der Massenbewegung des Klassenkampfs heraus wird das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei die Erfahrungen aus den

bürgerlich-demokratischen ebenso wie aus den proletarischen Kämpfen kritisch prüfen, alle positiven Traditionen übernehmen bzw. verbessern und weiterentwickeln.

Unsere Perspektive

Um die Zerschlagung des alten, reaktionären Staatsapparates im Bürgerkrieg durch die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in die Tat umzusetzen, darf nicht kurzfristig gedacht werden. Dies erfordert einen langwierigen, auf Jahrzehnte angelegten bewußt geführten Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus.

Die Vorbereitung und Durchführung des Bürgerkrieges kann nur verwirklicht werden durch eine revolutionäre Kommunistische Partei, die in die Arbeiterklasse sozialistisches Bewußtsein hineinträgt und seinen Kampf auf allen Gebieten plant, organisiert und leitet. Den Aufbau einer solchen Partei sehen wir heute als unsere Hauptaufgabe an:



○ Die Kommunistische Partei muß über einen Kern von 40.000 bis 50.000 fest organisierter, wirklich revolutionärer Kader verfügen, um überhaupt die Aufgabe der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse erfolgreich verwirklichen zu können, um sich mit Hilfe der "Transmissionsriemen" der Kommunistischen Partei wie Massenorganisationen der Bauern, der Jugendlichen, der Frauen etc. feste Positionen in anderen werktätigen Schichten schaffen zu können.

○ Es ist notwendig, von Anfang an die Kommunistische Partei auf illegaler Grundlage aufzubauen und dabei - im Kampf gegen jede Form des Legalismus - geschickt legale und illegale Arbeit miteinander zu verbinden. Die Begründung der Notwendigkeit der illegalen Organisierung trotz bürgerlichem Parlamentarismus durch Lenin ist heute nach wie vor hochaktuell:

Für alle Länder, sogar für die freisten, 'legalsten' und 'friedlichsten' in dem Sinne, daß sich dort der Klassenkampf weniger scharf äußert, ist die Zeit gekommen, daß systematische Verbindung von legaler und illegaler Organisation für jede kommunistische Partei eine unbedingte Notwendigkeit ist. Denn auch in den aufgeklärtesten und freisten Ländern mit der 'stabilsten' bürgerlich-demokratischen Ordnung nehmen die Regierungen entgegen ihren verlogenen und heuchlerischen Erklärungen bereits systematisch

ihrer Zuflucht zur Aufstellung von geheimen Listen der Kommunisten, zu endlosen Verletzungen ihrer eigenen Verfassung, um die Weißgardisten und die Ermordung von Kommunisten in allen Ländern halboffiziell oder insgeheim zu unterstützen, zur geheimen Vorbereitung von Verhaftungen der Kommunisten, zur Einschleusung von Provokateuren in die Reihen der Kommunisten usw. usf. Nur reaktionäres Spießertum, in wie schöne 'demokratische' und pazifistische Phrasen es sich auch hüllen mag, kann diese Tatsache oder die unerlässliche Schlussfolgerung daraus bestreiten, daß alle legalen kommunistischen Parteien unverzüglich illegale Organisationen schaffen müssen, um systematisch illegale Arbeit zu leisten, und sich gründlich auf den Augenblick vorzubereiten, in dem die Verfolgungen durch die Bourgeoisie einzusetzen..."

(Lenin, "Thesen über die Hauptaufgaben des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale", 1920, S. 183)

○ Um die Kampfkraft und Aktivität der Arbeiterklasse gegen dieses kapitalistische System immer weiter zu steigern, um das Bewußtsein über die Rolle des bürgerlichen Staates, die Wechselbeziehungen der verschiedenen Klassen und Schichten im Kapitalismus, das notwendige Klassenbewußtsein zum Sturz des Kapitalismus zu schaffen - dazu ist die Organisierung von aktuellen Enthüllungen vor allem über die Verbrechen des west/deutschen Imperialismus international und die Mißstände des Kapitalismus in West/Deutschland unumgänglich.

○ Es gilt, das Programm der proletarischen Revolution hier in West/Deutschland immer klarer in die Massenkämpfe hineinzutragen, damit es von den Arbeiterinnen und Arbeitern als wirklich überzeugend und zwingend notwendig erkannt wird und sich schließlich zu einer wirklichen Kriegserklärung an den west/deutschen Imperialismus entwickelt, auf deren Basis die Machtfrage gestellt werden kann: Sturz der Bourgeoisie und Errichtung der Diktatur des Proletariats!

VERTRIEB für internationale Literatur Brunnstr. 5, 10829 Westberlin

- * Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
- * Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
- * Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale in vielen Sprachen erhältlich

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwochs
15.30 - 17.30 Uhr